



Gemeinde Niederkrüchten
Der Bürgermeister
Hoch- und Straßenbau
Aktenzeichen: 61 23 03

Niederkrüchten, den 16. Februar 2023

Vorlagen-Nr. 549-2020/2025

Sachbearbeiter: Hermann Derix

öffentlich

Beratungsweg

Ausschuss für Planung, Verkehr und Grundstücksangelegenheiten

9. März 2023

Umsetzung des gesamtgemeindlichen Mobilitätskonzepts

Sachverhalt:

Der Rat der Gemeinde Niederkrüchten hat in seiner Sitzung am 13. Dezember 2022 das „Gesamtgemeindliche Mobilitätskonzept für die Gemeinde Niederkrüchten“ als Grundlage für die künftige Verkehrsplanung in der Gemeinde Niederkrüchten beschlossen und die Verwaltung beauftragt, auf Basis der gutachterlichen Empfehlungen zur Priorisierung von Maßnahmen sowie dem Finanzierungsbedarf und dem Umsetzungsaufwand eine Prioritätenliste zu erstellen und diese zur Beratung vorzulegen. Die Einrichtung der innerörtlichen Fahrradstraßen soll kurzfristig umgesetzt werden.

Ein entsprechender Umsetzungsfahrplan für die Straßen im Gemeindeeigentum liegt dieser Vorlage anbei. Dort sind auch die Maßnahmen in Zuständigkeit der weiteren Straßenbaulastträger aufgelistet. Mit den anderen Baulastträgern, dem Landesbetrieb Straßen.NRW für Bundes- und Landesstraßen sowie dem Kreis Viersen für die Kreisstraßen, werden kurzfristig Abstimmungsgespräche stattfinden.

Die Prioritätenliste wird, in Abhängigkeit von den Abstimmungen mit den weiteren Straßenbaulastträgern, regelmäßig fortgeschrieben und dem Ausschuss vorgelegt.

Beschlussvorschlag:

Der Prioritätenliste wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, die für das Jahr 2023 geplanten Baumaßnahmen durchzuführen.

Finanzielle Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen:	Ja	<input checked="" type="checkbox"/>	Nein	<input type="checkbox"/>		
Es stehen Mittel zur Verfügung:	Ja	<input checked="" type="checkbox"/>	Nein	<input type="checkbox"/>		
PSP-Element bzw. Kostenstelle / Sachkonto:	7000361/78520000					
Kosten der Maßnahme:						
Folgekosten:						
Erläuterungen:	Kostenschätzungen für die einzelnen Maßnahmen erfolgen im Rahmen der Planung. Das Budget von 250.000 EUR wird berücksichtigt.					
Rechtsgrundlage:	gesetzliche Grundlage	<input type="checkbox"/>	vertragliche Verpflichtung	<input type="checkbox"/>	Freiwillige Selbstverwaltungsangelegenheit	<input checked="" type="checkbox"/>

Anlage(n):

1. Prioritätenliste

gez. Wassong